

UKRAINE-KRIEG, CORONA-PROTEST, KLIMA-WANDEL:

Beim Protest verschwimmen zunehmend die Grenzen zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern

8 938 politisch motivierte Straftaten haben Polizei und Verfassungsschutz im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen registriert – fast 40 Prozent mehr als 2021. Das geht aus dem Verfassungsschutzbericht für 2022 hervor, den Innenminister Herbert Reul Mitte April veröffentlicht hat. Auch in den anderen Bundesländern, deren Berichte zum Teil noch ausstehen, dürfte sich ein ähnlicher Trend abzeichnen. Sorge bereitet den Verfassungsschützern allerdings weniger der Anstieg der absoluten Zahlen, sondern vor allem die neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen extremistischen Strömungen. Vor allem bei den Demonstrationen zum Ukraine-Krieg, beim Corona-Protest und bei den Aktionen gegen den Klima-Wandel. Das ist der eigentliche Treiber, der hinter dem rasanten Anstieg der politisch motivierten Kriminalität (PMK) steckt.

In Zahlen ausgedrückt: Nimmt man die beiden großen politischen Lager in den Blick, sind die von ihnen begangenen Straftaten in den letzten Jahren gesunken. Zwar gab es 2022 bei den Rechtsextremisten im Vergleich zu 2021 einen Anstieg von 3 126 auf 3 463 Straftaten, in den Jahren davor ist deren Zahl allerdings kontinuierlich zurückgegangen. 2018 hatten Polizei und Verfassungsschutz noch 3 767 von Rechtsextremisten begangene Straftaten festgestellt. Noch stärker ist der Rückgang bei den Linksextremisten. Im vergangenen Jahr ordnete die Polizei ihnen 824 politisch motivierte Straftaten zu. 2021 waren es noch 1207, 2018 sogar 1394.

Hinzu kommt, dass es sich bei den in der PMK Rechts registrierten Straftaten zum

größten Teil um Propagandadelikte handelt, wie die Verwendung verbotener NS-Symbole. Alleine auf diesen Deliktbereich entfallen 2 087 der 3 453 Fälle. Bei den Linksextremisten nehmen vor allem die Verstöße gegen das Versammlungsgesetz mit 131 von 824 Fällen einen größeren Raum ein. Gleichzeitig sank die Zahl der von Linksextremisten begangenen Gewaltdelikte von 141 auf 71.

Deutliche Zuwächse gibt es dagegen in zwei anderen Bereichen, dem auslandsbezogenen Extremismus und der politisch motivierten Kriminalität, die sich keinem politischen Lager klar zuzuordnen lässt. Die PMK Ausländische Ideologie stieg im vergangenen Jahr von 211 auf 792 Fälle. Die PMK ohne klare politi-

sche Zuordnung stieg von 1 787 auf 3 819 Fälle. Fünf Jahre zuvor waren es noch 413 Straftaten.

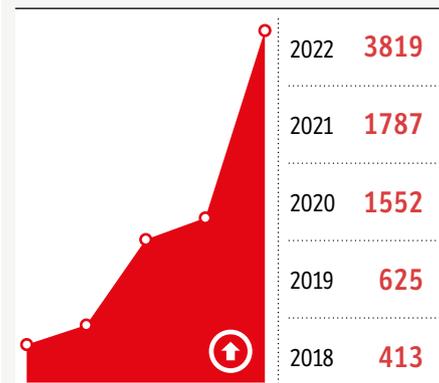
Nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes ist der Anstieg vor allem auf nicht angemeldete Demonstrationen der Gegner der Corona-Politik zurückzuführen und auf Straftaten im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg auf die Ukraine. Beide Konflikte könnten in Zukunft allerdings wieder an Bedeutung verlieren. Der Ukraine-Krieg allerdings erst dann, wenn der jetzige Krieg in eine Phase von Friedensverhandlungen übergehen sollte.

Hinzu kommt, dass die Corona-Proteste, aber auch die politischen Auseinandersetzungen

Corona-Proteste lassen Straftaten weiter nach oben schnellen

In NRW hat sich im vergangenen Jahr der Trend zu einer wachsenden Zahl politisch motivierter Straftaten, die sich nicht dem Rechts-Links-Schema zuordnen lassen, weiter fortgesetzt. Hauptursache dafür ist laut Verfassungsschutzbericht die große Zahl der Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, zu denen es bei den Corona-Protesten gekommen ist.

Politisch motivierte Straftaten in NRW, die sich keinem klar umgrenzten politischen Lager zuordnen lassen



Quelle: Verfassungsschutzbericht NRW 2022



zungen wegen des Ukraine-Kriegs in NRW anders als in anderen Bundesländern bislang relativ friedlich verlaufen sind. Das gilt – abgesehen von den massiven Angriffen auf die vor Ort eingesetzten Polizistinnen und Polizisten bei der Großdemonstration von Braunkohlegegnern am 14. Januar – selbst für die Räumung von Lützerath. Dessen Zahlen werden allerdings erst in den Verfassungsschutzbericht 2023 einfließen.

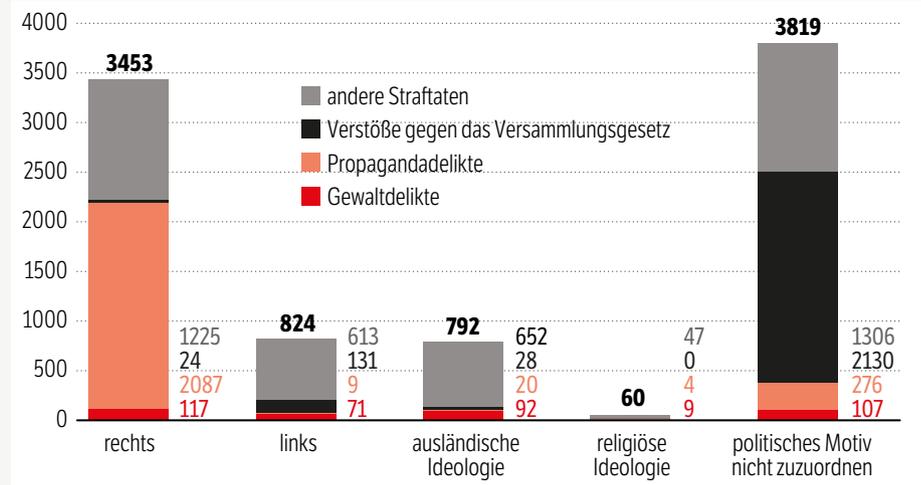
Trotzdem zeigte sich Innenminister Reul bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes besorgt: „Wer heute noch radikal ist, kann sich morgen schon mit Extremisten verbündet haben und einen gewaltsamen Umsturz planen“, warnte Reul. Wichtig sei deshalb, noch genauer hinzusehen: „Wer läuft da mit wem aufs Spielfeld? Und wer hat das demokratische Trikot nur noch zur Tarnung an und spielt eigentlich schon in einem anderen Team mit?“, mahnte der Innenminister.

Sorgen bereiten den Verfassungsschützern auch zwei andere Gruppen, die Reichsbürger und die in NRW lebenden gewaltbereiten Islamisten. 3400 Personen zählt der Verfassungsschutz zur Reichs-

Meistens geht es um Propagandadelikte und um Verstöße gegen das Versammlungsgesetz

Im vergangenen Jahr wurden in NRW 8 948 politisch motivierte Straftaten begangen. Mehr als die Hälfte davon entfielen auf Propagandadelikte und auf Verstöße gegen das Versammlungsgesetz. In 396 Fällen kam es zu Gewaltdelikten.

Politisch motivierte Kriminalität in NRW



Quelle: Verfassungsschutzbericht NRW 2022



bürgerszene in NRW. Zahlen, wie vielen davon auch ein Anschlag zuzutrauen ist, nennt der Verfassungsschutzbericht nicht. Aber unter den 52 Reichsbürgern, die Mitte Dezember vergangenen Jahres wegen des Verdachts, einen Staatsstreich vorbereitet zu haben, festgenommen worden sind, kommen mehrere Beschuldigte aus NRW.

Auch die Gefahr eines islamistischen Terroranschlags ist selbst mehrere Jahre nach der Zerschlagung des Islamistischen Kalifats im Irak und in Syrien noch immer nicht gebannt. 4070 Islamisten leben nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes alleine in NRW. 600 von ihnen gelten als gewaltbereit. ■

Wir müssen die Bedrohung ernst nehmen. Nicht durch alte Feindbilder, sondern durch neue Antworten



Ein Anstieg der politisch motivierten Kriminalität um fast 40 Prozent – das ist mehr als ein Warnsignal. Es zeigt, dass Angriffe auf unseren Staat nicht nur wenigen, zu allem entschlossenen Extremisten zuzutrauen sind, sondern dass sie für einen wachsenden Teil unserer Gesellschaft zu einem scheinbar legalen Mittel geworden sind. Anlass zur Panik gibt der neue Verfassungsschutzbericht trotzdem nicht. Denn ein Blick auf die Zahlen zeigt auch: Verantwortlich für den rasanten Anstieg der politisch motivierten Kriminalität sind vor allem Verstöße gegen das Versammlungsgesetz im Zusammenhang mit den Corona-Protesten, bei den Demonstrationen zum Ukraine-Krieg und beim Klima-Protest. Hinzunehmen sind die Verstöße trotzdem nicht. Und das gilt erst recht für den Anstieg der Gewaltdelikte. Wer sich nicht an die demokratischen Spielregeln hält, muss dafür zur Verantwortung gezogen werden. So, wie das jetzt mit denjenigen passiert, die in Lützerath Steine und Brandsätze auf die Polizisten geworfen haben. Aber das betrifft eine Minderheit. Denn zur Wahrheit gehört auch: Trotz des rasanten Anstiegs der politisch motivierten Kriminalität ist die große Vielzahl der Protestaktionen bei uns friedlich verlaufen. Die Menschen, die sich daran beteiligt haben, haben lediglich von ihrem Recht Gebrauch gemacht, für ihre eigene Meinung auf die Straße zu gehen. Und das ist gut so in einer Demokratie.

Bedroht ist unser Rechtsstaat trotzdem: Durch Rechtsextremisten, die einen Staatsstreich planen, und durch zu allem entschlossene, gewaltbereite Islamisten zum Beispiel. Und in wachsendem Maß durch Cyberattacken. Auch das zeigt der Verfassungsschutzbericht. Konkrete Vorschläge, wie dieser Gefahr wirksam entgegengetreten werden kann, finden sich dort allerdings nicht. Auch Innenminister Reul hat hierzu bei der Vorstellung des Berichts wenig Neues gesagt. Dabei wissen alle Beteiligten längst: Der Großteil der gefährlichen Anschläge wird inzwischen im und mit Hilfe des Internets geplant. Klare Regelungen, wie und unter welchen Voraussetzungen Polizei und Verfassungsschutz auf die dort bereitstehenden Daten zugreifen können, fehlen noch immer.

Michael Mertens
Landesvorsitzender

JAV: Letzte Chance für die Briefwahl

Demokratie lebt vom Mitmachen: Nur mit einer hohen Wahlbeteiligung im Rücken kann die JAV auch Verbesserungen durchsetzen. Persönlich können alle Wahlberechtigten vom 12. bis 15. Juni 2023 ihre Stimme abgeben. Mit knapp 7750 Anwärterinnen, Anwärtern und Auszubildenden und Fachoberschülerinnen und -schülern sind so viele wie noch nie wahlberechtigt. Die Aufstellungsorte und Öffnungszeiten der Wahllokale wurden vor Ort bekannt gegeben. Bereits seit Mitte Mai läuft die Briefwahl.

Wer die Briefwahl nutzen will, kann beim Wahlvorstand die entsprechenden Unterlagen beantragen. Die Briefwahlunterlagen werden dann bequem zugesandt – oder vom Wahlboten gebracht. Letzteres ist der einfachste Weg: Wahlboten sind Kolleginnen und Kollegen der GdP, die man beauftragen kann, die Wahlunter-

lagen beim Wahlvorstand abzuholen und auch wieder dahin zurückzubringen. Dieser Service gehört für die GdP dazu. Mehr Infos hat die GdP vor Ort.

Bitte bei der Briefwahl beachten: Langsam drängt die Zeit! ■



Inflation und Zulagen, die schleichende Entwertung

Positionspapier zum Zulagenwesen



„30 Jahre Stillstand – es reicht!“ – unter diesem Motto hat die Redaktion der Deutschen Polizei in der letzten Ausgabe ein umfangreiches Positionspapier des Landesbezirks zur Modernisierung des Zulagenwesens bei der Polizei vorgestellt. Eine der Kernforderungen lautet: Die Polizeizulage muss auf 150 Euro nach einem Dienstjahr und auf 300 Euro nach zwei Dienstjahren erhöht, mindestens aber verdoppelt werden. Im Bereich DuZ fordert die GdP zudem 6,50 Euro an Sonn- und Feiertagen sowie vier Euro in den Nachtstunden. Ergänzt werden soll das um eine Zulage für wechselnde Zeiten von 2,50 bzw. 3,50 Euro pro Stunde als Ersatz für die vorhandenen (Wechsel-)Schichtzulagen. Zudem fordert die GdP, dass die Zulagen dynamisiert werden und in Zukunft automatisch an allen Tarifierhöhungen im vollen Umfang teilnehmen. Und dass die Tarifbeschäftigten und die Verwaltungsbeamten eine der Polizeizulage vergleichbare Zulage erhalten. Jetzt steht das vollständige Positionspapier der GdP zur Modernisierung der Zulagen auf der Homepage des Landesbezirks zum Download bereit.

„Ziele erreicht man gemeinsam“ – drei Fragen an PHJAV-Spitzenkandidatin Bianca Jurczyk

Bianca Jurczyk ist GdP-Spitzenkandidatin bei der Wahl zur Polizeihauptjugend- und Auszubildendenvertretung im Juni. Drei Fragen an die 22-jährige Kommissarin aus Aachen:

Was willst Du in der JAV bewirken?

Bianca Jurczyk: An der Ausbildung darf nicht gespart werden. Schluss damit, dass es nur einen Pullover für die ganze Ausbildungszeit gibt! Warum gibt es immer noch keine Außentragehülle für Kommissar-Anwärterinnen und -Anwärter, warum wird nicht auch am Beinholster trainiert? Bei der Ausrüstung ist

viel Luft nach oben! Kursstärken dürfen nicht raufgehen, sie müssen runter. Wenn künftig 3000 KAs eingestellt werden, darf die Ausbildung nicht leiden! An der HSPV brauchen wir zentral aufbereitete, digitale Lernmaterialien und den freien Zugang dazu.

Das und noch viel mehr haben wir uns als GdP vorgenommen. Ziele erreicht man gemeinsam. Deshalb will ich die Zusammenarbeit mit Junger Gruppe und PHPR stärken und den Austausch mit den JAVen vor Ort intensivieren.

Was macht die GdP für Dich aus?

Bianca Jurczyk: Ganz klar: die starke Gemeinschaft – und dass sie konsequent die Interessen der Kolleginnen und Kollegen im Blick hat. Die GdP ist für mich die starke Stimme für alle Polizeibeschäftigten! Sie hat die Größe und die Kraft, wirklich etwas für die Kolleginnen und Kollegen zu erreichen! Für mich ist sie meine Gewerkschaft. Ich bin gleich zu Ausbildungsbeginn eingetreten.

Warum bist Du Polizistin geworden?

Bianca Jurczyk: Ich sag‘ nur: Traumberuf! Freund und Helfer – das steckt in einem drin. Das fühlt man, genau wie Recht und Ordnung. Ich mag, dass eigentlich kein Tag wie der andere ist. Ich mag den Dienst mit meinen Kolleginnen und Kollegen. Und ich freue mich darauf, welche Entwicklungsmöglichkeiten mir dieser Beruf bietet. ■



Bezügemittlung genau prüfen!

Seit 2016 ist die Polizeizulage in NRW wieder ruhegehaltsfähig. Eine Entscheidung, für die die GdP lange gekämpft hat und die nach und nach auch in anderen Bundesländern greift. Trotzdem mehren sich die Rückmeldungen von pensionierten Kolleginnen und Kollegen, bei denen die Polizeizulage nicht berücksichtigt worden ist. Im schlimmsten Fall kann das zu einem Verlust von über 1000 Euro pro Jahr führen.

Die GdP ruft deshalb alle Kolleginnen und Kollegen des Polizeivollzugsdienstes, die nach dem 01.01.1990 in den Ruhestand gegangen sind, auf, ihre Bezügemittlung genau zu prüfen. In der Mitteilung muss sich der Bestandteil Polizei/Fahndungszulage 2J wiederfinden. Fehlt der Punkt, sind die Bezüge nicht korrekt berechnet.

Wer sich nicht sicher ist, ob die eigene Bezügemittlung korrekt ist, kann sich bei der GdP beraten lassen. ■



„Hier spricht die Polizei!“ – GdP unterstützt Theaterprojekt für Ruhrfestspiele 2024

Was macht das mit einem Polizisten oder einer Polizistin – wenn man zum vierten oder fünften Mal in eine Situation häuslicher Gewalt kommt, und alles ist noch wie beim ersten Besuch, rein gar nichts hat sich gebessert?

Was macht das mit einem Polizisten oder einer Polizistin – wenn man für die Bagger von RWE das Dorf Lützerath räumen muss, aber selbst eigentlich der Meinung ist, dass der Klimawandel so weit fortgeschritten ist, dass die Kohle besser im Boden bleiben sollte?

Wie ist das überhaupt, wenn man im Namen des Staates Maßnahmen von unmittelbarem Zwang anwendet, also Gewalt? Und wie ist das, wenn man selbst bedroht wird, angefeindet, sogar angegriffen?

Noch laufen in Recklinghausen die Ruhrfestspiele 2023 (bis 11. Juni). Für die Spielzeit im nächsten Jahr aber wollen Dramaturgin Silke Merzhäuser (50) und Regisseurin Julia Roesler (44) Fragen wie diesen nachgehen. „Hier spricht die Polizei!“, wird das Stück heißen, das in Recklinghausen, aber auch am Schauspiel Hannover aufgeführt wird – und tatsächlich soll es genau darum gehen.

Schauspieler bringen das Gesagte anonymisiert auf die Bühne

Merzhäuser und Roesler wollen „echte“ Polizistinnen und Polizisten zu Wort kommen lassen, die von den Nöten und Zwiespälten berichten, die Beruf und gesetzlicher Auftrag mit sich bringen können. Schauspieler werden das Gesagte auf die Bühne bringen, anonymisiert wohlgeleitet. Die Zitate aber werden original sein.

Just in diesen Wochen hat die heiße Recherche-Phase begonnen. Die beiden Theatermacherinnen vom Kollektiv Werkgruppe 2 führen Interviews mit Polizisten in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die genaue Zahl steht noch nicht fest. Es können zehn oder zwölf sein, vielleicht auch 30 oder mehr.

„Wichtig ist, dass es vertrauensvolle Gespräche sind – und die brauchen Zeit“, sagt



Wollen Stereotype über Polizisten „aufknacken“: die Theatermacherinnen Silke Merzhäuser (links) und Julia Roesler.

Foto: Marco Bühl

Roesler. Sie und Theaterkollegin Merzhäuser haben beobachtet, dass die Diskussion über vermeintliche und echte Polizeigewalt oft durch Stereotype behindert wird.

Menschen und Haltungen sichtbar machen

Etiketten wie „Bullen“ oder „Bullenschweine“ machen ein Hinterfragen des eigenen Standpunkts überflüssig und sind deshalb bequem: „Diese Stereotype würden wir gerne aufknacken“, sagt Merzhäuser. Menschen und Haltungen sichtbar machen, heißt deshalb die Devise. Und zu Menschen gehören ihre Nöten und Zwiespälte.

Die GdP Recklinghausen ist den Ruhrfestspielen verbunden und unterstützt das Theaterprojekt. Der Polizeiberuf bringe besondere Belastungen mit sich, die existenzielle Fragen aufwerfen können. Einsätze müssen verarbeitet werden. „Ich finde es wichtig, dass man sich immer wieder seinen Nöten und Zwiespälten stellt“, meint Norbert Sperling von der GdP Recklinghausen.

Tue man das nicht, könne man schlimmstenfalls zur Gefahr für sich und andere wer-

den. Für die GdP begrüßt Sperling deshalb, dass bei der Polizei in NRW diese Verarbeitung jetzt durch weitere Profis unterstützt wird. Das Projekt „Alltagsreflexion“ kommt nach zwei Pilotphasen in der Breite der Behörden an. Vor Ort stehen dann psychosoziale Fachkräfte bereit. „Ich glaube, da entsteht etwas sehr Gutes“, meint Sperling.

Auf Vermittlung der GdP hatten Merzhäuser und Roesler den Polizeieinsatz zu Jahresbeginn in Lützerath vor Ort begleiten können. Es waren zwei intensive Tage. Die beiden Theatermacherinnen zeigten sich beeindruckt, wie souverän Beamte mit Anfeindungen umgegangen sind und wie professionell die Räumung schlussendlich umgesetzt wurde.

Für tiefere, persönliche Gespräche war in Lützerath freilich keine Gelegenheit. Die folgen jetzt. Wer zu einem Interview bereit ist, kann sich über die Kontaktdaten der GdP Recklinghausen oder per Mail an info@werkgruppe2.de melden. Merzhäuser und Roesler sammeln viel Material. 400 oder 500 Seiten kämen schnell zusammen, sagen die Theatermacherinnen. Für die etwa zweistündige Bühnenumfassung werden sie dann auf 30, vielleicht etwas mehr verdichtet.

Man darf gespannt sein. ■



75 Jahre GdP: Eine Erfolgsgeschichte trotz schwieriger Startbedingungen

Im Beisein von Ministerpräsident Hendrik Wüst und Innenminister Herbert Reul, zahlreichen Führungskräften des Innenministeriums, etlichen Polizeipräsidenten und Landräten sowie Spitzenvertretern der politischen Parteien hat der Landesbezirk NRW Ende April mit einem Festakt im Düsseldorfer Apollo Theater an die Gründung der GdP vor 75 Jahren erinnert. Denn der am 22. Juli 1948 als Bund der Polizeibeamten Nordrhein-Westfalen entstandene spätere Landesbezirk NRW ist mit seinen 47 000 Mitgliedern nicht nur der größte Landesbezirk der GdP, sondern auch dessen älteste Vorläuferorganisation. Erst zwei Jahre später, im September 1950, entstand durch den Zusammenschluss mit den weiteren Polizeibünden in der britischen Besatzungszone und in Berlin die heutige GdP.



Düsseldorfer Künstler Jacques Tilly für den Festakt extra ein Wimmelbild in Auftrag geben, in dem die wichtigsten Stationen aus 75 Jahren GdP im Bild festgehalten sind. WDR-Moderatorin Steffi Neu, die durch den Festakt geführt hat, nutzte die Gelegenheit, um nicht nur Ministerpräsident Hendrik Wüst und Innenminister Herbert Reul, sondern auch die beiden anderen Festredner, die DGB-Landesvorsitzende Anja Weber und den GdP-Bundesvorsitzenden Jochen Koppelke, gezielt auf einzelne Ereignisse anzusprechen.

Das sich Polizisten – Frauen wurden erst 1982 zum uniformierten Polizeidienst zugelassen – überhaupt gewerkschaftlich organisieren durften, war 1948 alles andere als selbstverständlich. Zu tief waren damals, drei Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur, die Vorbehalte der Alliierten gegen jede Form von Deutschen in einer Uniform.

Die Anfangsjahre der GdP waren deshalb alles andere als leicht. Seitdem hat sich viel verändert. Heute ist die GdP nicht nur ein in der Politik und in der Gesellschaft hoch angesehener Garant für gute Arbeitsbedingungen bei der Polizei, sondern auch eine entscheidende Stimme, wenn es um eine bürgernahe, modern aufgestellte Polizei geht.

Vieles, was die Polizei heute ausmacht, ist in den vergangenen siebeneinhalb Jahrzehnten entscheidend von der GdP angestoßen worden – von der Entmilitarisierung der Polizei bis zur Durchsetzung des Neutralitätsgebots in politischen Auseinandersetzungen und bei Arbeitskämpfen. Eine Haltung, die das Handeln der GdP bis heute prägt. Aber auch bei den Arbeitsbedingungen hat die GdP viel erreicht – von der Abschaffung des mittleren Dienstes in NRW bis zur Durchsetzung besserer Aufstiegschancen.

Um die wichtigsten Ereignisse und die Erfolge der GdP in den vergangenen siebeneinhalb Jahrzehnten noch einmal Revue passieren zu lassen, hatte der Landesbezirk beim

Ministerpräsident Wüst betonte vor allem die Rolle der GdP als Impulsgeber und Antreiber, wenn es darum geht, die Polizei zu stärken und weiterzuentwickeln. „Die GdP hat an der besonderen Stellung der Polizei in unserer Gesellschaft einen ganz wesentlichen Anteil. Sie hat sich seit ihrer Gründung vor 75 Jahren stets für eine starke und unabhängige Polizei engagiert“, sagte er. Und betonte, dass die GdP „immer konstruktiv, immer mit Augenmaß“ agieren würde. Zugleich erinnerte Wüst an die klare Abgrenzung der GdP gegenüber Rechts. „Sie haben schon auf ihrem Landesdelegiertentag im vergangenen Jahr, an dem ich auch teilgenommen habe, ausdrücklich erklärt, dass die AfD aus Sicht der GdP nicht wählbar ist“, sagte Wüst. „Das hat mich beeindruckt.“

Innenminister Reul ging in seiner Rede der Frage nach, ob die GdP und er als Dienstherr der Polizei nicht Gegenpole sein müssten, und erinnerte an manch harte Auseinandersetzungen. „Streit in der Sache gehört dazu.“





Wir brauchen eine GdP, die sich einmischt“, sagte er dazu. Trotzdem habe er die GdP so kennengelernt, dass ihr zwei Dinge wichtig sind: „Das Wohl der Polizeibeschäftigten und die Sicherheit in unserem Land“, und ergänzte dann: „Beides ist mir auch wichtig.“

DGB-Landesvorsitzende Anja Weber betonte die moderierende Rolle, die von der GdP ausgeht. „Ihr bringt in unsere Diskussionen eine Perspektive ein, die sonst verloren gehen würden, die aber wichtig ist“, sagte sie, „gerade bei schwierigen Einsätzen.“ Durch die GdP würden zudem die Erwartungen der Beschäftigten

bei der Polizei in die Tarifverhandlungen einfließen. „Davon profitieren auch andere Bereiche des öffentlichen Dienstes“, betonte Weber.

Allen Erfolgen zum Trotz – eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen müssen immer wieder aufs Neue erkämpft werden. „Auf das Erreichte können wir stolz sein, aber die Erfolge der Vergangenheit sind für uns vor allem ein Auftrag“, betonte deshalb beim Festakt GdP-Landesvorsitzender Michael Mertens. „Auch in Zukunft brauchen wir eine kämpferische, durchsetzungsstarke GdP.“ ■



DP – Deutsche Polizei

Nordrhein-Westfalen
ISSN 0170-6462

Geschäftsstelle

Gudastraße 5–7, 40625 Düsseldorf
Telefon (0211) 29101-0
Telefax (0211) 29101-46
www.gdp-nrw.de
info@gdp-nrw.de

Adressänderung:
mitgliederverwaltung@gdp-nrw.de

Redaktion

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Holger Dumke
Uschi Barrenberg
Telefon (0211) 29101-32
stephan.hegger@gdp-nrw.de

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 5. Juni.

Der Sommer ist da, jetzt noch kurzfristig Urlaub buchen!

Rufen Sie uns an,
gemeinsam finden wir auch
Ihren Traumurlaub.

GdP Reiseservice
Telefon 0211 - 291 01 60
www.gdp.reisen

Unser Team
braucht Unterstützung.
Wir suchen eine
Touistikfachkraft (m/w/d)
für unser Büro in Düsseldorf.



REISE-SERVICE
GdP-Service-GmbH NRW



Glücksnummern des Monats

Die Gewinner im Juni erhalten einen OSG-Gutschein im Wert von 35 Euro

45 26581, Köln
45 02588, Rhein-Erft-Kreis
45 09780, Viersen

Dialog und Austausch – Landesfrauenvorstand lädt zum Frauensymposium ein

Zum ersten Frauensymposium dieser Art – das für 2020 geplante Symposium war corona-bedingt ausgefallen – lädt der Landesfrauenvorstand der GdP alle interessierten Kolleginnen für den 16. August nach Gladbeck ein. Unter dem Motto „Dialog und Austausch“ können sich weibliche Polizeibeschäftigte über aktuelle Themen in der Polizei austauschen. Hauptziel des Symposiums ist es, mehr Kolleginnen für eine Teilhabe an gewerkschaftlicher Arbeit zu gewinnen – und gleichzeitig mehr Kolleginnen untereinander zu vernetzen.

„Frauen sind in unseren Gremien immer noch unterrepräsentiert. Das wollen wir ändern“, sagt Kirsten Böhm-Salewski, die Vorsitzende des Landesfrauenvorstandes, zur Zielsetzung des Symposiums. „Denn je mehr Frauen sich einbringen, umso mehr Rückhalt haben unsere Forderungen und Interessen in der GdP.“

Gedacht ist das Symposium für alle Frauen in der Polizei. Die eine oder andere ist bereits in ihrer Kreisgruppe aktiv. Eine andere Kollegin denkt womöglich schon länger über einen Einstieg in die Gewerkschaftsarbeit nach. Oder sie gehört bereits einer Frauengruppe an und möchte diese stärken.

Egal ob ich erfahren will, wie die Kolleginnen in anderen Kreisgruppen organisiert sind, oder ob ich einfach nur Spaß daran habe, andere Kolleginnen zu treffen und mich mit ihnen auszutauschen – all das steht im Mittelpunkt des Frauensymposiums. „Vernetzen ist wichtig“, bringt Böhm-Salewski das Ziel des Frauensymposiums auf den Punkt. „Nach der langen Zeit der Pandemie ist es umso wichtiger, wieder Plattformen für persönliche Begegnungen zu schaffen.“



Begleitet wird das Frauensymposium vom bekannten Kommunikationsberater Wolfgang Nafroth. Er wird zeigen, wie mit kleinem Aufwand mehr Kolleginnen für die GdP-Arbeit begeistert werden können.



Infos und Anmeldung bis zum 15. Juni an: frauen@gdp-nrw.de

Anzeige

Marianne Funke
GmbH & Co. KG

May-Eyth-Straße 47
46149 Oberhausen
Tel. 02 08/74 04 99 39
Fax 02 08/59 88 68

Senioren aktuell

Kreisgruppe Köln

15. Juni 2023, 14:00 Uhr, Seniorengruppe Köln, Sommerevent, Biergarten Bahnhof Köln-Deutz, Kontaktdaten für Rückfragen oder Anmeldung: Udo Liedhegener, Tel. 0151/23030796 oder E-Mail ralf-liedhegener@t-online.de, eine Anmeldung wäre wünschenswert.

Kreisgruppe Heinsberg

15. Juni 2023, 15:00 Uhr, Seniorentreff, Gaststätte Dohmen, Hülhovener Straße 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler. Themen: Aktuelles

aus der Kreisgruppe, Jahresausflug, Neues aus dem sozialen Bereich, Anmeldung unter Tel.: 02431/5880 oder per E-Mail: kala-bahn@web.de erwünscht.

Kreisgruppe Düren

13. Juni 2023, 15:00 Uhr, Seniorengruppe Düren, Kreishaus Düren, Bismarkstraße 16, Düren, Raum A158, Thema: Pflegefall – was nun? – Beratung durch die Pflegestelle des Kreises Düren, Anmeldung unter Tel. 0170/7384890 erwünscht.